

# Leuthard vertröstet Zentralschweiz

**Fahrplan** Den Bundesbahnen fehle die Sensibilität gegenüber den Bedürfnissen der verschiedenen Regionen, kritisierten die Zentralschweizer Ständeräte gestern im Parlament. Die Verkehrsministerin nimmt die SBB in Schutz.

Christian Glaus  
christian.glaus@luzernerzeitung.ch

Deutsch und deutlich hat der Luzerner CVP-Ständerat gestern im Parlament gesagt, was er vom Fahrplänenwurf 2019 der SBB hält: «Es scheint mir, dass hier nur Fahrplantechnokraten am Werk sind. Auf den Tourismus- und Wirtschaftsstandort Zentralschweiz und Luzern wird keine Rücksicht genommen.» Graber und seine Zentralschweizer Kollegen **Damian Müller (FDP, Luzern)**, Hans Wicki (FDP, Nidwalden) und Erich Ettlín (CVP, Obwalden) haben ihren Frust auf höchster Ebene abgeladen – gegenüber Verkehrsministerin Doris Leuthard (CVP).

Im Ständerat wurde gestern Grabers Interpellation zu den jüngsten Fahrplänenverschlechterungen in der Zentralschweiz behandelt. Auslöser war, dass der Zug nach Zürich Flughafen künftig um xx.35 Uhr in Luzern abfährt und somit die Verbindung für viele Reisende schlechter wird (Ausgabe von gestern).

## Leuthard: Zentralbahn soll Fahrplan anpassen

Nachdem bereits das Angebot ab Luzern Richtung Tessin schlechter geworden sei, treffe es nun die Verbindung nach Zürich Flughafen, hielt Graber fest. Die Zentralschweiz werde systematisch benachteiligt. «Mir fehlt auf Seiten der SBB die regionalpolitische Sensibilität.» Erich Ettlín schloss sich Graber an und fügte hinzu: «Die Probleme in Luzern verstär-



Die Verbindungen nach Zürich Flughafen werden mit dem Fahrplanwechsel im Dezember schlechter. Die Züge fahren in Luzern nicht mehr um xx.10 Uhr ab.  
Bild: Boris Bürgisser (27. März 2017)

ken sich in Ob- und Nidwalden, weil wir den Weg über den Bahnhof Luzern machen müssen.» Die Reisezeit aus diesen Kantonen Richtung Flughafen verlängert sich zusätzlich, weil die Anschlüsse in Luzern nicht mehr funktionieren. Oder aber die Passagiere müssen ein weiteres Mal umsteigen. Dies werde zum Standortnachteil, so Ettlín.

Bundesrätin Doris Leuthard zeigte etwas Verständnis für den Frust der Zentralschweizer: Die Region sei «in den letzten Jahren zu kurz gekommen». Zuerst habe man den Fokus auf die Romandie gelegt, nun auf Zürich und die Ostschweiz. Mit dem nächsten Ausbauschnitt 2030/35 der Bahninfrastruktur komme dann die Zentralschweiz auf ihre Kosten,

sagte Leuthard mit Verweis auf die anstehenden Grossprojekte Zimmerberg-Basistunnel II und Durchgangsbahnhof Luzern.

In ihrem Votum nahm die Verkehrsministerin die SBB in Schutz. Die Fahrplangestaltung sei sehr schwierig geworden. Und eine Verlängerung der Reisezeit von Luzern nach Zürich Flughafen um sechs Minuten oder zehn

## SBB und Bund beenden Machtkampf

Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember gibt es ab Luzern wieder eine frühere tägliche Direktverbindung ins Tessin. Dies gab Bundesrätin Doris Leuthard gestern im Ständerat bekannt. Die Inter-citys fahren um 8.18 und 9.18 Uhr ab Luzern durch den Gotthard-Basistunnel nach Locarno. Heute verkehren sie je nach Wochentag zu unterschiedlichen Zeiten.

Die SBB wollten diese Verbindungen bereits ein Jahr früher anbieten. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) verweigerte jedoch die Zustimmung. Dies, weil die Züge einen Platz (Trasse) benutzen, der für den Güterverkehr reserviert ist, aber nicht beansprucht wird. Nun hat das BAV dennoch die Bewilligung erteilt, wie dieses auf Anfrage bestätigt. Die SBB mussten sich verpflichten, nach der Eröffnung des Ceneri-Basistunnels 2020 eine Verbindung anzubieten, welche den Güterverkehr nicht beeinträchtigt. (cgl)

Prozent sei «nicht lebensbedrohlich». Schlechter sehe es auf den Zufahrtsstrecken aus dem Luzerner Hinterland sowie Ob- und Nidwalden aus, sagte Leuthard – und spielte den Ball in die Zentralschweiz zurück. «Man sollte mal den Fahrplan der Zentralbahn anschauen. Es wäre einfacher, diesen anzupassen. Ich denke, dort gibt es Möglichkeiten.»

Einen brisanten Vorschlag brachte Ständerat Hans Wicki in die Diskussionen ein. Er spielt nämlich mit dem Gedanken, die Bundesbahnen zu entmachten: Heute gestalten die SBB den Fahrplan. Doch das könnten auch andere machen, so Wicki: «Wenn die verantwortlichen Personen bei den SBB konstant und unermüdlich die Bedürfnisse einer ganzen Region untergewichten oder gar nicht berücksichtigen, dann sollte man sich auch nicht wundern, wenn man diese Aufgabe dann privatisieren will.» Dies nicht, um Kosten zu sparen oder die Effizienz zu steigern. Ziel wäre, die Interessen der Regionen besser zu berücksichtigen.

## Graber: «Ein Wink mit dem Zaunpfahl»

Dieser Idee schloss sich Konrad Graber an: «Auch für mich stellt sich die Frage, ob es richtig ist, dass bei den SBB die Fahrplangestaltung vorgenommen wird.» Auf Nachfrage unserer Zeitung betonte Graber, dass es sich nicht um eine leere Drohung handle. «Es ist ein Wink mit dem Zaunpfahl. Man muss den SBB zeigen, dass sie aufpassen müssen.» Es sei im Interesse des Unternehmens, die Hoheit über den Fahrplan behalten zu können.

Die Idee, den SBB die Hoheit über ihren Fahrplan wegzunehmen, existiert derzeit erst in den Köpfen. Ein politisches Geschäft ist daraus noch nicht entstanden. Doch Graber ist sich sicher: «Die Diskussionen sind im Gang, das Thema wird kommen.»

## Leserbriefe

### Man würde besser das Heiratsverbot aufheben

«Katholische Kirche: Schärfere Regeln bei Übergriffen», Ausgabe vom 6. September

Die Bischöfe empfehlen Strafanzeige bei der staatlichen Justiz.

Dagegen ist nichts einzuwenden. Ich könnte mir aber

vorstellen, dass die Aufhebung des Heiratsverbotes für katholische Priester wirkungsvoller wäre. Dafür müssten sich die Bischöfe allerdings im Vatikan einsetzen.

Alexander Willi, Kriens

### Rigi und der «Overtourism»

«Mein Rigi», «Zentralschweiz am Sonntag» vom 2. September

Die Ausführungen von Christian Meier, unter anderem seine Mutmassungen über die Haupttreiber des Widerstands auf der Rigi, rücken die Diskussion über die touristische Zukunft der Rigi in ein falsches Licht und schaden der öffentlichen Meinungsbildung. Die von mir initiierte Petition «Nein zu Rigi-Disney-World» richtete sich gegen den Ausbau der Rigi und den Massentourismus. Sie generierte in Kürze 3106 Unterschriften. Alt Nationalrat Louis Schelbert und CVP-Ständerat Konrad Graber unterzeichneten sie, wie alt Nationalrätin Cécile Bühlmann, Kabarettist Emil Steinberger, Politikwissenschaftler Iwan Rickenbacher und alt CVP-Regierungsrat Franz Marty sowie

Victorinox-CEO Carl Elsener. Die Unterzeichnenden forderten, dass die Rigi eine «sanfte» Erholungsdestination der Region bleiben soll. Mit dieser Forderung verknüpft ist die Gleichwertigkeit von Naherholungsdestination und Tourismus: Die eine Funktion darf die andere nicht verdrängen, sondern beide sollen sich wechselseitig ergänzen. Niemand möchte, dass die Rigi von einem «totalen Tourismus» dominiert wird, wie ihn Kulturgeograf Werner Bätzing kritisiert. Leider ist die Rigi heute, wie viele europäische Städte, von «Overtourism» bedroht. Das Beispiel Aescher-Wildkirchli zeigt, welche Konsequenzen auch der Rigi drohen.

René Stettler, Kulturwissenschaftler, Rigi Kaltbad

### Mehr Eigenverantwortung oder ein Zeichen an den Staat?

Zur Abstimmung über die Fair-Food-Initiative und die Initiative zu Ernährungssouveränität am 23. September

Das Schweizer Stimmvolk entscheidet bei der Abstimmung über die beiden Initiativen, was die Schweizer Bevölkerung künftig kaufen und essen darf – es geht also faktisch um eine Bevormundung. Dem Schweizer Staat werden dabei mehr Kompetenzen und vor allem Pflichten zugeteilt. Das führt zu höheren Staatsausgaben, weil zur Überprüfung der Gesetze die Bürokratie steigt und es mehr Kontrolleure, Administration, Beamte, Zollvorschriften und Juristen braucht. Es scheint mir, dass wir aus reiner Bequemlichkeit dem Staat immer mehr Aufgaben zuschieben, weil wir unser eigenes Handeln nicht hinterfragen und gegebenenfalls freiwillig ändern – bei diesen Initiativen insbesondere unser Konsumverhalten.

Felix Howald, Direktor Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz, Luzern

Knapp die Hälfte der in der Schweiz verkauften Lebensmittel werden importiert. Brauchen wir Erdbeeren an Weihnachten oder Äpfel aus Neuseeland? Denn eigentlich wissen wir es

doch, dass diese riesige Auswahl an Lebensmitteln zu jeder Zeit in riesigen Monokulturen mit viel Chemie und tiefsten Löhnen produziert werden.

Und was tun wir hier im Schweizer Detailhandel? Mit unserer Auswahl können wir viel beeinflussen. Erfreulich: Die Umsätze für nachhaltig produzierte Lebensmittel steigen jedes Jahr. Für immer mehr Konsumenten geht es nicht um «billig, billig» und um «alle Produkte zu jeder Zeit», sondern sie wollen gesunde, natürliche, ökologisch und sozial produzierte Lebensmittel. Wir haben es in der Hand, mit dem Ja zur Fair-Food-Initiative ein Zeichen für mehr Gesundheit, Natürlichkeit und Fairness zu setzen. Mit dem Ja zu Fair-Food geben wir der Politik den klaren Auftrag, dass bei neuen Freihandelsverträgen die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Produktion zu fairen Löhnen vor Ort geschaffen werden.

Josef Bircher, Präsident Bio Luzern, Malters

Der Konsument verlangt gesunde, naturnahe und nachhaltige Nahrungsmittel. Als Produzent störe ich mich oft daran, dass die Produkte aus dem Ausland günstiger angeboten werden, weil sie nicht mit annähernd

vergleichbaren Standards produziert worden sind.

Die Initianten wollen die ausländischen Produzenten nun verpflichten, mit den gleichen Standards Nahrungsmittel zu produzieren wie wir in der Schweiz. Dies würde bedeuten, dass die Nahrungsmittel aus dem Ausland in unseren Regalen gleichen Status erhalten. Die Produktion müsste mit vielen Kontrolleuren überwacht werden, was der Steuerzahler zu berappen hätte. Zudem würden diese Nahrungsmittel weniger kosten, weil die Produktionskosten im Ausland nicht mit den schweizerischen verglichen werden können. Diese importierten Nahrungsmittel würden für den Konsumenten attraktiv und hätten den Vorzug bei der Auswahl. Also würden wir Landwirte erneut den Kürzeren ziehen.

Es geht nicht darum, den Konsumenten zu bevormunden, sondern die Grossverteiler aufzufordern, die einheimischen Produkte konsequent zu fördern und klar die Unterschiede aufzuzeigen, sei es in Bezug auf Pflanzenschutz, Tierschutz und soziale Rahmenbedingungen. Ich bin überzeugt, dass eine Annahme dieser beiden Initiativen sich für die Landwirtschaft negativ auswirken würde.

Markus Odermatt, Kantonsrat CVP, Ballwil

Die Fair-Food-Initiative und die Initiative für Ernährungssouveränität verfolgen ähnliche Ziele. Beide wollen, dass die komplette Lebensmittel-Produktion in der Schweiz fair und nachhaltig sein soll. Sie verlangen faire Arbeitsbedingungen in der Branche, eine genauere Deklaration der Lebensmittel und sie wollen die Lebensmittelverschwendung bekämpfen. Die Fair-Food-Initiative verlangt bei den Importen eine Produktionskontrolle, die nicht durchsetzbar ist.

Wie sollen wir Schweizer ins Ausland gehen, um den Herstellern auf die Finger zu schauen? Bei der Initiative für Ernährungssouveränität soll der Staat für mehr landwirtschaftliche Arbeitsplätze sorgen. Also eine klare Einmischung in den Arbeitsmarkt. Zudem will sie den Markt abschotten und auf Importe saftige Zölle erheben.

All diese Forderungen würden für die Kontrollen einen riesigen bürokratischen Aufwand bedeuten. Die Initiativen verletzen zudem bestehende Handelsabkommen mit anderen Ländern. Unsere geltenden Bestimmungen und Gesetze haben bereits heute sehr hohe Anforderungen. Für alles Weitere appelliere ich an die Eigenverantwortung.

Albert Vitali, Nationalrat FDP, Oberkirch